

II-14904 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7106 IJ

1994-09-16

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Neisser
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Belastungsprogramm des Finanzministers

Am Rande des Treffens der EU-Finanzminister und Notenbankchefs mit den Kollegen aus den vier Beitrittsländern am 10. und 11. September 1994 kündigte Finanzminister Dr. Lacina für 1995 einen "rigorosen Sparkurs" an. "Österreich habe die Bekämpfung des Budgetdefizits bisher aus beschäftigungspolitischen Gründen hintangestellt, erklärte Lacina. Wo die Regierung den Sparstift ansetzen sollte, wollte der Minister allerdings nicht verraten. Für die SPÖ blieben Bereiche wie Soziales, Arbeitsmarkt und Bildungspolitik davon ausgenommen. In anderen Bereichen kann es aber kein Tabu geben." (Die Presse, 12. 9. 1994)

Nach den unzähligen Belastungsideen, die während der Sommermonate von Spitzenpolitikern der SPÖ geäußert wurden, ist somit zu befürchten, daß der Finanzminister bereits konkret geplante Umverteilungsmaßnahmen und neue Belastungen für den Steuerzahler und die Wirtschaft bewußt der Öffentlichkeit vorenthält und erst nach der Wahl am 9. Oktober 1994 die österreichische Bevölkerung damit konfrontieren wird.

Finanzminister Lacina hat bereits im Juli in Interviews die Einführung von Studiengebühren für Studierende für möglich gehalten und die Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung gefordert. Unterstützung erhielt er besonders von Sozialminister Hesoun, der seinerseits die soziale Staffelung der Familienbeihilfe forderte. Die SPÖ-Sozialsprecherin Lore Hostasch trat wiederum für eine Solidarabgabe für Einkommen über einer Million Schilling ein, indem der Spaltensteuersatz auf 55 % oder höher angehoben werden sollte.

- 2 -

Diese Ankündigungen beweisen, daß von der SPÖ neue detaillierte Umverteilungspläne zu Lasten der Besserverdienenden gestellt werden und von der SPÖ auch Steuererhöhungen zur Budgetentlastung beabsichtigt sind. Federführend ist dabei der SPÖ-Finanzminister, der eine eigene Expertengruppe mit diesen Fragen der Belastungspolitik beschäftigt.

Die Äußerung des Finanzministers, daß es in anderen Bereichen als im Sozialbereich, dem Arbeitsmarkt und der Bildungspolitik keine Tabus geben kann, wirft vor allem die Frage auf, wie es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen und Betriebe, ferner um die Familienförderung, das Arbeitslosengeld, die Krankenversicherungen, die Geburtenbeihilfe oder die Altersvorsorge in Österreich steht.

Statt über sozialistische Belastungsszenarien solle besser über eine ausgabenorientierte, konsequente Budgetsanierung nachgedacht werden. Dies erfordert:

- o Einbremsung des immer weiter anwachsenden Defizits der ÖBB. Für 1994 werden bereits rund 45 Mrd. S für den Bundeszuschuß prognostiziert.
- o Umsetzung eines leistungsorientierten Finanzierungsmodells für die Krankenanstalten, um die kontinuierliche Steigerung der Spitalskosten einzubremsen. Zur Finanzierung der öffentlichen Spitäler wurden 1993 bereits 69 Mrd. S ausgegeben.
- o Privatisierung von verstaatlichten Unternehmen und Banken sowie im Bereich der Versorgungsunternehmen. Börsegang von selbständigen, lebensfähigen Betrieben der Verstaatlichen Industrie.

Die durch die bisherigen Etappen der Steuerreform erreichten Steuerentlastungsschritte dürfen nicht durch künftige Beitragserhöhungen im Kranken- und Sozialversicherungsbereich konterkariert werden. Zentrale Aufgabe der Budget- und Steuerpolitik muß es vielmehr sein, den Wirtschaftsaufschwung voll zu nutzen, um einen Gestaltungsspielraum im Budget zurückzugewinnen.

Die ÖVP hält im Rahmen der Budgetsanierung die zügige und konsequente Fortsetzung des Privatisierungskurses für unerlässlich. Sie hat in ihrem Programm u.a. folgende Vorschläge zur Privatisierung aufgenommen: Weitere Umsetzung der Privatisierung der Verstaatlichen Industrie, Privatisierung von CA und Bank Austria, Privatisierung des Österreichischen Bundesverlages, der Salinen-AG, der Austria Tabak, der Österreichischen Staatsdruckerei und des Dorotheums.

Aus dem oben zitierten Interview ist ersichtlich, daß Finanzminister Dr. Lacina damit rechnet, in der nächsten Gesetzgebungsperiode wieder mit dem Finanzministerium betraut zu werden. Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Wie gedenken Sie, den von Ihnen angekündigten "rigorosen Sparkurs für das Jahr 1995" im einzelnen zu verwirklichen?
2. Weshalb weigern Sie sich, der Öffentlichkeit Ihre konkreten Sparpläne zu verraten?
3. Welche Belastungs- und Umverteilungspläne wurden in Ihrem Ressort zur Verwirklichung Ihres Sparprogrammes erarbeitet?
4. Weshalb verunsichern Sie die Bevölkerung durch die ständige Ankündigung von Belastungs- und Umverteilungsmaßnahmen, die in Ihrem Ressort vorbereitet werden?
5. Garantieren Sie, daß in der nächsten Gesetzgebungsperiode das System der Familienförderung unverändert aufrecht bleibt?
6. Schließen Sie die Besteuerung der Familienbeihilfen in der nächsten Gesetzgebungsperiode aus?
7. Garantieren Sie, daß das 2. Karentzjahr in der nächsten Gesetzgebungsperiode aufrecht bleibt?

- 4 -

8. Schließen Sie eine Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung in der nächsten Gesetzgebungsperiode aus?
9. Schließen Sie die Einführung von Studiengebühren in der nächsten Gesetzgebungsperiode aus?
10. Schließen Sie eine Anhebung der Pensionsversicherungsbeiträge in der nächsten Gesetzgebungsperiode aus?
11. Schließen Sie eine Anhebung des Spaltensteuersatzes in der nächsten Gesetzgebungsperiode aus?
12. Schließen Sie neue Belastungen für die österreichischen Unternehmen und Betriebe in der nächsten Gesetzgebungsperiode aus?
13. Wie gedenken Sie, den ständig steigenden Finanzbedarf der ÖBB in der nächsten Gesetzgebungsperiode einzubremsen?
 - a) Werden Sie zur Senkung des Bundeszuschusses für die ÖBB die Anhebung der Produktivität durch ein neues Dienstrecht sowie Personalreduktionen fordern?
 - b) Werden Sie darauf drängen, daß ÖBB-Dienstleistungen wie z. B. Werkstätten ausgegliedert und somit von Privaten kostengünstiger betrieben werden können?
 - c) Werden Sie den Plänen der ÖBB, bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz den Absatzbereich ohne Gegenleistung, wie z. B. Verkauf von Liegenschaften, gänzlich zu entschulden sowie möglichst viele Bereiche dem Sektor Infrastruktur zu überantworten und somit dafür den Bund bezahlen zu lassen, Ihre Zustimmung verweigern?
14. Wie stehen Sie zu den in der Anfragebegründung zitierten Privatisierungsvorschlägen der ÖVP?

- 5 -

- 15. Welche Privatisierungsschritte im Bereich der verstaatlichten Banken und Unternehmen einschließlich der Versorgungsunternehmen werden Sie für die nächste Gesetzgebungsperiode zum Zwecke der Budgetentlastung vorschlagen?**

- 16. Wie muß Ihrer Meinung nach der Beitrag des Bundes zur Reform der Spitalsfinanzierung gestaltet sein?**